

Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger

zum Haushaltssanierungsplan

im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen

der Stadt Bottrop

**Über das Internet-Kontaktformular sowie schriftlich eingegangene
Vorschläge**

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
1	01 01 01	Politische Gremien	Einsparung von Aufwendungen	Anzahl der Fraktionssitzungen vermindern
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Reduzierung der Fraktionssitzungen, für die Sitzungsgeld zu zahlen ist, von 120 auf 60“				
Stellungnahme der Verwaltung				
<p>Durch die Hauptsatzung der Stadt Bottrop wird die Anzahl der Sitzungen der Fraktionen / Teilfraktionen, für die ein Sitzungsgeld zu zahlen ist, auf insgesamt 120 Sitzungen jährlich begrenzt.</p> <p>In der Praxis finden im Jahr zwischen 30 bis 50 Gesamtfraktionssitzungen je Fraktion statt. Hinzu kommen ca. 60 Teilfraktionssitzungen (Vorbesprechungen) bei den beiden großen Fraktionen.</p> <p>Bei einer Prüfung der Fraktionssitzungen im letzten Jahr konnte festgestellt werden, dass lediglich ein Ratsmitglied für 64 Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld bekommen hat. Alle anderen Ratsmitglieder lagen zum Teil deutlich unter der vorgeschlagenen Beschränkung von 60 Fraktionssitzungen.</p> <p>Außerdem ist folgender Aspekt zu beachten: Bei der vorgeschlagenen Reduzierung auf 60 Fraktionssitzungen muss davon ausgegangen werden, dass sich die Zahl der Teilfraktionssitzungen vermindert und die Zahl der Gesamtfraktionssitzungen steigen wird, um den Beratungsbedarf der Mandatsträger weiter decken zu können. Da die Summe der Sitzungsgelder bei Gesamtfraktionssitzungen im Vergleich zu Teilfraktionssitzungen ca. dreimal so hoch ist, würde der Vorschlag auf Reduzierung der Fraktionssitzungen auf 60 zu Mehrausgaben bei den Sitzungsgeldern durch ein Ansteigen der Gesamtfraktionssitzungen führen.</p>				
2	01 01 01	Politische Gremien	Einsparung von Aufwendungen	Anzahl der Ratsmandate vermindern
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Verkleinerung des Rates auf sein gesetzliches Minimum von 52“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Der Vorschlag soll in den Haushaltssanierungsplan aufgenommen werden.				
3	01 01 01	Politische Gremien	Einsparung von Aufwendungen	Verzicht auf Sitzungsgelder
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Da der Rat ja beschlossen hat, dem Stärkungspakt beizutreten was auch vernünftig ist, sollte dieser bei den Einsparungen auch dazu beitragen, indem man auf das Sitzungsgeld verzichtet oder auf 50% reduziert. Gleiches gilt für die Ausschüsse und Bezirksvertretungen.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
<p>Die Entschädigung der Mandatsträger ist in § 45 GO NRW geregelt. Nach Absatz 4 haben Ratsmitglieder, Mitglieder der Bezirksvertretungen und Ausschussmitglieder Anspruch auf eine angemessene Aufwandsentschädigung. Dabei kann die Aufwandsentschädigung teilweise als Sitzungsgeld gezahlt werden.</p> <p>Nach Absatz 6 Nr. 1 bestimmt das Innenministerium durch Rechtsverordnung die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung sowie die Höhe der Sitzungsgelder.</p> <p>Im Ermessen des Rates liegt allein die Entscheidung, ob die Aufwandsentschädigung als monatliche Pauschale oder als monatliche Pauschale und Sitzungsgeld gewährt wird.</p> <p>Die Kommentierungen zur Gemeindeordnung NRW führen hierzu aus:</p> <p>„Andere als die beiden genannten Möglichkeiten bestehen nicht. Der Rat muss sich also für eine von</p>				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
<p>ihnen entscheiden. Die Entscheidung kann wiederum nur für alle Ratsmitglieder erfolgen. Der Rat hat jetzt <u>kein Entscheidungsrecht</u> mehr über die Höhe der Aufwandsentschädigungen. Diese setzt das Innenministerium gemäß Abs. 6 <u>verbindlich</u> fest.“</p> <p>Bis 1994 hatten die Kommunen die Verpflichtung, im Rahmen gewisser Grenzen (die Höchstsätze wurden durch das Innenministerium festgelegt) die Höhe der Entschädigungen selbst in der Hauptsatzung zu regeln. Doch der Umgang mit der Thematik wurde durch die nicht immer sachgerechten öffentlichen Diskussionen um eine angemessene Entschädigung erschwert. Aus diesem Grund ist die Entschädigungsverordnung nach Absatz 6 eingeführt worden, deren Sinn und Zweck es ist, den Kommunen Hilfestellung zu leisten, um dem Eindruck in der Öffentlichkeit entgegenzutreten, die Vorschrift der Entschädigung für Mandatsträger sei ein Selbstbedienungsladen für Politiker.</p> <p>Damit ist klar, dass die Gemeinden zwar keine weitergehenden Entschädigungen gewähren dürfen, aber eben auch keine darunter liegenden, denn dies würde den Sinn der Regelung aushebeln.</p> <p>Einem freiwilligen Verzicht auf die Entschädigung steht natürlich jedem Ratsmitglied frei. Diese Entscheidung müsste aber das einzelne Ratsmitglied für sich selbst treffen. Der Rat kann dies nicht „aufdiktieren“. Ein entsprechender Beschluss wäre rechtswidrig und daher vom Oberbürgermeister zu beanstanden.</p>				
4	01 01 01	Politische Gremien	Einsparung von Aufwendungen	Reduzierung von Druck- und Personalkosten für Sitzungsvorlagen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
<p>„Einladungen/Niederschriften der Sitzungen des Rates und seiner ganzen Ausschüsse werden ausgedruckt und den gewählten Politikern mittels eines Boten zugestellt. Im Rahmen des Zeitalters unserer zur Verfügung stehenden Mittel (Internet usw.) muss es doch möglich sein, diese im Online-Verfahren zuzustellen. Allein der ganze Berg an Papier der jedes Jahr anfällt kann minimiert werden. Das Fahrzeug womit diese Mandatspost transportiert wird, kann eingespart werden.“</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
<p>Die Realisierbarkeit der Maßnahme wird derzeit geprüft und die Gremien werden über das Ergebnis unterrichtet. Da nach derzeitigem Stand Einsparungen hiermit nicht verbunden sein werden, findet sich der Vorschlag nicht im Haushaltssanierungsplan wieder.</p>				
5	01 02 01	Verwaltungsführung Repräsentation	Einsparung von Aufwendungen	Dezernentenstelle einsparen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
<p>„Reduzierung der Beigeordneten von 3 auf 2“</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
<p>Die Funktion des (Ober)Bürgermeisters ist nach der Gemeindeordnung vorgesehen. Die Bestellung von Beigeordneten ist möglich, die Bestellung eines allgemeinen Vertreters vorgeschrieben. Die Stadt Bottrop hat neben dem OB drei Dezernenten, die absolut niedrigste bekannte Anzahl im Umkreis bei Kommunen mit vergleichbarer, teilweise auch geringerer Größe. Diese Anzahl ist für eine effektive Verwaltungssteuerung unverzichtbar.</p>				
6	01 06 04	Fahrdienst	Einsparung von Aufwendungen	Fahrerservice
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
<p>„Wäre es nicht günstiger, wenn der Oberbürgermeister (und andere Personen mit Fahrer) einen Fahrerservice nutzen würden statt einen Fahrer und ein teures Auto parat zu haben? Das Gehalt der Fahrer und die Kosten der Fahrzeuge wiegen bestimmt weit aus mehr, als ein "just in time"-Fahrer eines Unternehmens.“</p>				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
Stellungnahme der Verwaltung				
<p>Eine Abschaffung des Fahrdienstes wurde in den letzten Jahren bei den Haushaltsberatungen mehrfach beraten und jeweils mit großer Mehrheit abgelehnt.</p> <p>Die Fahrbereitschaft wurde in der Vergangenheit mehrfach reduziert und optimiert. Ihre Organisation wurde ausführlich durch das Rechnungsprüfungsamt untersucht und der Bericht im März 2007 im Rechnungsprüfungsausschuss behandelt.</p> <p>Für die Zukunft ist seitens der Verwaltung eine weitere Reduzierung der Fahrbereitschaft im Rahmen der Personalfluktuationsvorgesehen und wird in die Beratung des Haushaltssanierungsplanes eingebracht.</p>				
7	01 06 04	Fahrdienst	Einsparung von Aufwendungen	Fahrbereitschaft aufgeben
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Abschaffung der Fahrbereitschaft. Jeder kann sein eigenes Fahrzeug nutzen und die übliche Kilometerpauschale abrechnen. Das ist mittlerweile bei vielen Kommunen Standard.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Die Maßnahme korrespondiert mit dem oben beschriebenen Vorschlag. Die Reduzierung der Fahrbereitschaft wird im Haushaltssanierungsplan vorgeschlagen.				
8	01 06 04	Fahrdienst	Einsparung von Aufwendungen	kleinere Dienstfahrzeuge leasen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Natürlich darf der Bürgermeister auch nicht verschont bleiben. Statt BMW & Co., sollte es Renault Kangoo Co. heißen.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Die Leasingangebote für repräsentative Fahrzeuge werden durch die Hersteller subventioniert, so dass die Anmietung von Kleinwagen nicht günstiger wäre.				
9	01 06 06	IT-Dienstleistungen	Einsparung von Aufwendungen	beidseitig drucken
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
"Ersetzung sämtlicher einseitig druckender Drucker auf beidseitig druckender Drucker."				
Stellungnahme der Verwaltung				
Duplex-Drucker werden bereits standardgemäß eingesetzt.				
10	01 06 07	Zentraler Einkauf und Lager	Einsparung von Aufwendungen	Stoffhandtücher einführen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
"Ersetzung sämtlicher Händetrocknerpapiere durch Stoffabtrocknungsrollen."				
Stellungnahme der Verwaltung				
Papierfalthandtücher sind die kostengünstigste und praktikabelste Lösung.				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
11	01 08 01	Personalmanagement und Arbeitsschutz	Einsparung von Aufwendungen	Abschaffung von Verpflegungszuschüssen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Mitarbeiter der Stadtverwaltung erhalten das Essen im Saalbau (Casino) um 1 Euro verbilligt. Dieser Zuschuss könnte gestrichen werden.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Ein Verpflegungszuschuss wird nicht gewährt. Der (externe) Betreiber des Casinos gewährt städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Rabatt.				
12	01 09 01	Haushalts- und Betriebswirtschaft	Einsparung von Aufwendungen	Subvention Verkehrslandeplatz Schwarze Heide einstellen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
<p>„Verkehrslandeplatz Schwarze Heide Erläuterung: Es fallen Für Personal- und Sachkosten nach meinem Kenntnisstand mehrere hunderttausend Euro pro Jahr an, die von der Bevölkerung/Steuerzahlern getragen werden müssen, damit die defizitäre Flugplatzgesellschaft nicht zahlungsunfähig wird. Die Bemühungen der letzten Jahre den geschäftlichen Flugbetrieb (z. B. Lufttaxi) so zu verstärken, dass ein positives Geschäftsergebnis erwirtschaftet wird, ist den Verantwortlichen leider nicht gelungen. Ein solches über Jahre defizitäres Unternehmen kann nicht weiter durch "Subventionen" der Stadt Bottrop gestützt werden. Es muss seitens der Stadt Bottrop jetzt erkannt werden, dass dieses Vorhaben nicht erfolgreich war und ein Schlussstrich gezogen werden. Dies ist außerdem eine Benachteiligung der vielen anderen mittelständischen Unternehmen, die aus eigener Kraft überleben müssen bzw. auf Grund ihrer Situation Insolvenz anmelden müssen. Da der Verkehrslandeplatz zum Großteil von Hobbyfliegern genutzt wird, müssen diese auch die Kosten dieses kostspieligen Hobbys, tragen und nicht die übrigen Bürger, die hierdurch keinen Mehrwert haben. Der Verkehrslandeplatz Schwarze Heide ist in keiner Weise für eine breite Öffentlichkeit von Interesse oder von Nutzen. Ich fordere deshalb, dass die Stadt Bottrop alle Zahlungen, Investitionen und sonstige Mittel, die den Verkehrslandeplatz Schwarze Heide direkt oder indirekt (z. B. geplanter Gewerbepark) betreffen einstellt und bestehende Beteiligungen ablegt.“</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
<p>Die Flugplatzgesellschaft hat für den Ausbau der Landebahn rund 4,6 Mio. € investiert. Dafür hat sie Investitionskostenzuschüsse von rund 2,5 Mio. € erhalten. Bei einer sofortigen Kündigung der Gesellschaftsanteile von 49 % fehlen der Gesellschaft zunächst rund 137.000 € jährlich an Betriebskostenzuschüssen, wenn sich kein anderer Gesellschafter findet. Dadurch wäre die Gesellschaft auf Dauer nicht handlungsfähig und müsste liquidiert werden. Als Folge dessen müsste der gesamte Landeszuschuss zurückgezahlt werden. Die Geschäftsführung hat auf Grundlage einer Flugbetriebsprognose ein Zukunftskonzept entwickelt. Aufgrund der dort beschriebenen Maßnahmen soll die finanzielle Basis der Gesellschaft gestärkt werden, so dass der Betriebskostenzuschuss sukzessive gesenkt werden kann. Ergänzend zu diesen Maßnahmen ist der Bau des Gewerbegebietes zu sehen. Auf der einen Seite werden durch die Vermarktung der Gewerbeflächen die der Stadt Bottrop entstehenden Kosten gedeckt. Auf der anderen Seite wird der Flugplatz von den angesiedelten Unternehmen profitieren, so dass eine weitere Absenkung des Betriebskostenzuschusses erwartet wird. Ein Austritt zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht zu befürworten.</p>				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
13	01 10 02	Organisationsangelegenheiten	Einsparung von Aufwendungen	Unternehmensberatung in Anspruch nehmen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
<p>„...Kontrolle ist besser. Meiner Meinung nach sollten wir da ansetzen wo die Mängel für alle offensichtlich sind - bei der Effizienz. Ein Unternehmen würde in diesem Fall eine Unternehmensberatung bemühen, die sich in der Regel selbst finanziert (die Einsparungen überwiegen die Kosten der Beratung um ein Vielfaches).</p> <p>Ein Beispiel aus dem Straßenbau: Ein Unternehmen erhält den Auftrag für die Stadt eine Straßenbaumaßnahme durchzuführen. Was dann passiert kann jeder vielfach beobachten. Wir haben riesige Totzeiten in denen auf den Baustellen nicht das geringste passiert. Die Bauunternehmer beauftragen zwar mehr Arbeiter mit den Maßnahmen als nötig wären, aber das dient nur dazu später mehr in Rechnung stellen zu können.</p> <p>Vorschlag zu diesem Beispiel: Wenn das Unternehmen antiproportional zu der Zeit bezahlt wird, die es für den jeweiligen Auftrag braucht (also nach Leistung, zur Erinnerung: Leistung ist Arbeit pro Zeit {stark vereinfacht} ;-)), löst sich das Problem von ganz allein. Gemeint ist aber nicht, dass das Unternehmen einen Bonus erhält, wenn sie schneller fertig wird, sondern einen Abzug von der Vergütung, wenn der Auftrag mehr Zeit in Anspruch nimmt, als veranschlagt.</p> <p>Bei der Auswahl des Unternehmens entscheidet die Stadt sich dann für das Unternehmen, das den Auftrag in der kürzesten Zeit zum günstigsten (zeitbezogenen) Preis anbietet.</p> <p>Zusätzlich könnte ein Mitarbeiter der Stadt überwachen, ob die Eingesetzten Ressourcen, die nicht pauschal abgerechnet werden können, sinnvoll und effizient eingesetzt werden und bezahlt werden oder nicht.</p> <p>Fazit: Meine Erfahrung als Bürger der Stadt Bottrop (bei anderen Städten beobachtet man aber das gleiche Problem) ist, dass an vielen Stellen das Geld in den Verwaltungsaufwand von Totzeiten gesteckt wird, für unnötige Ressourcen ausgegeben wird und wegen fehlender regelnder Abteilungen (im Unternehmen das Controlling) in einem Durcheinander von Investitionen verloren geht.</p> <p>Konkret: Mein Vorschlag ist die Inanspruchnahme einer Beratung zur Optimierung der Prozessabläufe im Unternehmen "Stadt Bottrop". Diese Investition wird Geld kosten, aber noch mehr einsparen und nach Hilfe zu fragen, hat noch niemandem geschadet.“</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
<p>Bei Bedarf werden bereits in der Praxis externe Unternehmensberater beauftragt. Dies geschieht dann, wenn die Kapazitäten oder die Fachkenntnisse des Sachgebietes Organisation nicht ausreichen.</p> <p>Soweit der Straßen- und Kanalbau angesprochen ist, kann Folgendes gesagt werden:</p> <p>Die Vergabe von Bauleistungen erfolgt nach der VOB (Verdingungsordnung für Bauleistungen). Die ausgeschriebene (Bau-)Leistung wird zu einem im Wettbewerb ermittelten Preis eingekauft und abgerechnet: Für die Überschreitung von Fertigstellungsterminen können unter bestimmten Umständen Vertragsstrafen vereinbart werden.</p> <p>Da die Vereinbarung derartiger Vertragsstrafen an enge Voraussetzungen geknüpft ist, kommt diese Vorgehensweise nur in seltenen Ausnahmefällen in Betracht.</p> <p>Die beklagten „Totzeiten“ auf den Baustellen können vielfältige Ursachen haben (z. B. Lieferverzögerungen, ungünstige Witterung, ...); sie wirken sich aber in der Regel nicht auf die Kosten der Baumaßnahme aus.</p>				
14	01 12 01	Immobilienmanagement	Erhöhung von Erträgen	Grundstücke verpachten
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
<p>„Seit Jahren versuchen wir ein Grundstück hinter unserem Garten zu pachten, dies wurde uns in Aussicht gestellt wenn gewisse Dinge erledigt sind. Es wurden Investitionen getätigt um dies zu ermöglichen und aus unerklärlichen Gründen haben wir keinen Vertrag bekommen. Man bräuchte einfach nur</p>				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
ein Schreiben aufsetzen und könnte damit ohne weitere Mittel die ja schon bezahlt wurden jährlich viel Geld einnehmen.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Das Immobilienmanagement ist grundsätzlich bemüht, Flächen die für städtische Zwecke nicht benötigt werden zu vermieten oder gar zu veräußern. Allerdings sind dabei regelmäßig die gesamtstädtischen Interessen zu beachten. Im konkreten Fall ist das Grundstück als Ausgleichsfläche für Eingriffe in Natur und Landschaft vorgesehen. Dies wurde den Antragstellern schriftlich erläutert.				
15	02 01 01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung/Gewerbeangelegenheiten	Erhöhung von Erträgen	Ladenschlusszeiten vorschreiben
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Die Einzelhändler endlich zu einer Ausweitung und vor allem einheitlichen Ladenschlusszeit zwingen. So laufen „Kunden“ (einschließlich meiner Person) nicht in Nachbarstädte, wo das Einkaufen attraktiver ist. Mehr „Kunden“ in Bottrop heißt mehr Parkgebühren.				
Stellungnahme der Verwaltung				
Es besteht keine rechtliche Möglichkeit, einheitliche Ladenschlusszeiten zu bestimmen.				
16	02 01 02	Kommunaler Ordnungsdienst	Erhöhung von Erträgen	Verwarnungsgelder einnehmen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Überall liegt so viel Müll und Hundekot herum. Warum können nicht Ordnungsstrafen dafür verstärkt eingefordert werden? Dies würde zu mehr Einnahmen und zu einer sauberen Stadt führen.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Sofern die Verursacher bekannt sind, werden Verwarnungsgelder durch den Kommunalen Ordnungsdienst erhoben.				
17	02 01 02	Kommunaler Ordnungsdienst	Erhöhung von Erträgen	Ordnungsgelder für Umweltverschmutzungen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Ordnungsgelder erhöhen! Bei Verschmutzung z. B. durch Kaugummi, Hunde-/Katzenkot etc.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Der Kommunale Ordnungsdienst erhebt bei Bekanntwerden von Verstößen angemessene Verwarn- und Bußgelder.				
18	02 04 01	Verkehrsüberwachung	Erhöhung von Erträgen	Mehr Geschwindigkeitskontrollen durchführen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Man sollte Geschwindigkeitskontrollen auch in nicht so relevanten Straßen durchführen, so wie bei uns auf der Albrecht-Dürer-Straße. Bei uns ist Schrittgeschwindigkeit vorgegeben. Durchschnittlich fahren die Bürger aber mit gefühlten 20 km/h durch.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Eine Neukonzeption der Verkehrsüberwachung soll im Haushaltssanierungsplan vorgeschlagen werden.				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
19	02 05 01	Bürgerbüro	Einsparung von Aufwendungen	Öffnungszeiten reduzieren
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Ich könnte mir vorstellen, dass man doch bestimmt 2-3 (Halbtags-)Stellen einsparen könnte, wenn man das Bürgerbüro samstags schließt und einen langen Öffnungstag kürzt?“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Der Vorschlag soll in den Haushaltssanierungsplan aufgenommen werden.				
20	02 05 01	Bürgerbüro	Einsparung von Aufwendungen	BVSt Kirchhellen schließen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Abschaffung der Bezirksverwaltungsstellen, vor allem in Kirchhellen Die Kirchhellener Bürger können ihre Behördenangelegenheiten auch in Bottrop regeln, lernen dabei die Stadt besser kennen und gehen nicht immer weiter in Dorsten und Gladbeck einkaufen. Wäre Kirchhellen noch kreisangehörig müsste man sein Auto z.B. auch in Marl anmelden.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Die generelle Aufgabe der Bezirksverwaltungsstelle Kirchhellen könnte nur durch Ratsbeschluss herbeigeführt werden. Für einen solchen Beschluss fehlt aber die materielle Rechtsgrundlage gem. § 38, Abs. 2 GO NRW. Der Gesetzgeber hat mit der Einführung der Bezirksverwaltungsstellen den generellen Grundsatz einer dezentralen Aufgabenwahrnehmung von Verwaltungsaufgaben eingeführt. Eine Regelung, die die Aufgaben aller Bezirksverwaltungsstellen konzentriert in einer zentralen Verwaltungsstelle zusammenfasst, würde diesen Grundsatz unterlaufen. Die Bezirksverwaltungsstelle Kirchhellen ist die einzige Bezirksverwaltungsstelle mit einem dezentralen Aufgabenangebot für die Bevölkerung in Bottrop- Kirchhellen. Die komplette Aufgabe dieses Angebotes würde dem Grundsatz der dezentralen Aufgabenwahrnehmung widersprechen.				
21	04 04 01	Bibliothek	Einsparung von Aufwendungen	Büchereizweigstelle Kirchhellen schließen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Schließung der Büchereizweigstelle in Kirchhellen. Eine gut sortierte Bibliothek in der Stadt genügt, die Hauptstelle ist verkehrsmäßig gut zu erreichen.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Die bereits erfolgten Schließungen der Bibliotheksfilialen in den Stadtteilen Eigen und Boy haben im Rahmen des durch die politischen Gremien beschlossenen Bibliothekskonzeptes neben einer verstärkten dezentralen, nicht standortgebundenen Bibliotheksarbeit die Stärkung der Bibliothekszentrale Stadtmitte in den Fokus gerückt. Ein adäquates Konzept ist für die Filiale Kirchhellen auf Grund der räumlichen Entfernung (11 km) zur Zentralbibliothek nicht umsetzbar. Dafür spricht auch die deutlich größere Inanspruchnahme dieser Einrichtung gegenüber den von der Schließung betroffenen Einrichtungen im Eigen und in der Boy. Eine Umsetzung des Bürgervorschlages ist nicht opportun.				
22	05 02 01	Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe)	Einsparung von Aufwendungen	Einmalige Sozialhilfeleistungen reduzieren
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Hartz IV Empfänger bekommen alles neu Persönlich kenne ich einen Fall, da bekam eine junge Frau für ihr neugeborenes Kind einen nagel-				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
neuen Kinderwagen, geliefert von der Firma Beyhoff, eine neue Waschmaschine. Warum können diese Leute nicht gut gebrauchte Sachen bekommen, die sich Leute aussuchen, die sogar arbeiten gehen. Die Stadt würde viel Geld einsparen,, denn das ist bestimmt kein Einzelfall"				
Stellungnahme der Verwaltung				
Die Ansprüche der Leistungsberechtigten sind gesetzlich geregelt.				
23	11 02 01	Abfallwirtschaft BEST	Erhöhung von Erträgen	Gebühr für Papiertonne einführen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Für die Papiertonne, wieder eine Jahresgebühr von z. B. 10 € pro Tonne einführen.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Eine Gebühr für die Papierabfuhr würde der Bottroper Entsorgung und Stadtreinigung (BEST) zu Gute kommen und den städtischen Haushalt nicht entlasten. Zudem ist eine hohe Nutzungsquote eine Bedingung für die wirtschaftliche Papierentsorgung, dies wird auch durch die Gebührenfreiheit erreicht.				
24	12 01 01	Gemeindestraßen	Einsparung von Aufwendungen	Ampeln abschaffen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Hallo, zur Verringerung der Ausgaben könnte man durch Kreisverkehre eine immense Summe an Stromkosten sparen. Ein erfolgreiches Beispiel ist der Kreisverkehr an der Randebrockstr/ Kirchhellener Str./ Eichenstr. Das Modell wird z.B. in Spanien schon seit Jahren eingesetzt um Energiekosten zu sparen. Mit dem Bau eines Kreisverkehrs an vielen Bottroper Kreuzungen, könnte man also in wenigen Jahren die eh schon steigenden Energiepreise raushaben.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Tatsächlich entfallen bei Kreisverkehren die Betriebskosten von Lichtsignalanlagen. Für eine normale vierarmige Kreuzung können die Betriebskosten einer Lichtsignalanlage grob auf etwa 15.000 EURO zzgl. Abschreibung für Abnutzung geschätzt werden. Bei Neubaumaßnahmen fließen sowohl die Investitionskosten als auch die Betriebskosten etwa erforderlicher Lichtsignalanlagen regelmäßig in die planerische Abwägung ein. Eine Vielzahl anderer Faktoren ist ebenfalls zu berücksichtigen. In vielen Fällen ist ein Kreisverkehr planerisch nicht möglich oder nicht sinnvoll. Eine pauschale Grundsatzentscheidung für oder gegen Kreisverkehre ist nicht möglich. Würde man Kreuzungen, die grundsätzlich für einen Kreisverkehr geeignet sind, zu Kreisverkehren umbauen, lägen die Kosten jeweils bei einigen 100.000 EURO.				
25	12 01 01	Gemeindestraßen	Erhöhung von Erträgen	Parkplätze an Mitarbeiter vermieten
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Wir schlagen eine Vermietung von Parkplätzen in Rathausnähe an städtische Mitarbeiter vor, womit auch das Problem des widerrechtlichen Parkens auf dem Rathausparkplatz verringert werden würde. Unser Vorschlag ist z.B. den Saalbauparkplatz gegen eine monatliche Gebühr ganztägig nutzen zu können.“				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
Stellungnahme der Verwaltung				
Die Parkplätze in Rathausnähe sind dem öffentlichen Verkehr gewidmet und können daher nicht vermietet werden. Diese Plätze sollen dem öffentlichen Verkehr nicht entzogen werden.				
26	12 01 01	Gemeindestraßen	Erhöhung von Erträgen	Parkgebühren erhöhen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Erhöhung der Parkgebühren, ab Beginn der 2. Parkstunde. Wir parken selbst mit unserem PKW häufig in der Innenstadt und hätten damit keine Probleme. Nur der sog. „Brötchentarif“ sollte bleiben. Und das freie Parken am Samstag, sollte abgeschafft werden. o Bis 30 Minuten => 5ct. je 6 Min. (wie jetzt auch) o Bis 60 Minuten => 50ct. je angefangene 30 Min. (wie jetzt auch) o Ab der 61. Min => 1 € je weitere 30 Min So würde man für 3 Std. nun 2,50 €, statt 1,50 € und es trifft nicht die Hartz 4 Empfänger“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Die Anpassung von Parkgebühren ist im Haushaltssanierungsplan vorgesehen.				
27	12 01 01	Gemeindestraßen	Einsparung von Aufwendungen	Energiekosten einsparen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Ampeln auf LED umrüsten“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Die Umrüstung wurde bereits vor einigen Jahren begonnen; sie ist noch nicht abgeschlossen.				
28	12 01 01	Gemeindestraßen	Einsparung von Aufwendungen	Straßenbeleuchtung mit Bewegungsmeldern
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„In den Medien haben wir gesehen, dass es Städte gibt, welche ihre Straßenbeleuchtung mit Bewegungsmeldern ausgestattet haben. So gingen diese nur an, wenn auch Bürger dort langliefen.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Da die Straßenbeleuchtung aus allgemeinen Sicherheitsüberlegungen betrieben wird und nicht nur wegen des Straßenverkehrs, erscheint der Vorschlag nicht sinnvoll. Die Bewegungsmelder müssten im Übrigen sehr große Bereiche abdecken, um sinnvoll zu funktionieren. Nur dadurch könnten gefährliche Hell-Dunkel-Wechsel für das menschliche Auge vermieden werden. Außerdem wäre eine erhebliche Investition für die flächendeckende Installation erforderlich, die sich voraussichtlich nur sehr langsam amortisieren würde.				
29	12 01 01	Gemeindestraßen	Einsparung von Aufwendungen	mehr gebührenpflichtige Parkplätze
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Mehr kostenpflichtige Parkplätze -auch in normalen Anwohnergebieten- einführen. Z. B. wieder die Albrecht-Dürer-Straße. Anwohner bekommen einen Parkausweis, aber Besucher müssten wie in der Innenstadt für das Parken bezahlen.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Der Vorschlag ist allein wegen des technischen und personellen Aufwandes nicht umsetzbar.				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
30	12 01 01	Gemeindestraßen	Einsparung von Aufwendungen	nachts Ampeln abschalten
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„nachts Ampeln abschalten“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Die möglichen Ampelabschaltungen wurden in Zusammenarbeit von Politik, Polizei und Verwaltung bereits geprüft und umgesetzt. Aufgrund der energieoptimierten Technik sind die Einsparpotentiale äußerst gering.				
31	12 01 01	Gemeindestraßen	Einsparung von Aufwendungen	Rechtsabbiegerspuren für Busse schaffen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Errichtung von Rechtsabbiegerkeilen, an denen Busse von Buslinien aufgrund von fehlenden Grünpeilen wegen Nichterfüllung aller Bedingungen warten müssen. Eingespart wird Benzin, besonders jetzt aufgrund des Rekordpreises an den Tankstellen und Strom, da die vorhandenen Rechtsabbiegersignalanlagen eingespart werden.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Busbeschleunigung wird seit langem im Rahmen von Förderprogrammen realisiert (z.B. Ampelvorrangschaltungen, Busspuren,...). Der konkrete Vorschlag erscheint unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten nicht realisierbar.				
32	12 03 01	Straßenreinigung und Winterdienst BEST	Einsparung von Aufwendungen	weniger Straßenreinigung
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Bei der Straßenreinigung könnte man den Rhythmus ausweiten. So wird bei uns (Gebiet S3) die Straße in der Regel einmal in der Woche durch die BEST gereinigt. Es würde auch ausreichen, wenn die Reinigung nur alle 14 Tage erfolgt (Natürlich bei gleichen Gebühren).“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Mit Gebühren rechnenden Einrichtungen dürfen keine Gewinne erzielt werden. Einsparungen müssten zu Gebührensenkungen führen, somit können keine positiven Effekte für den städtischen Haushalt erreicht werden.				
33	13 01 01	Öffentliches Grün, Landschaftsbau	Einsparung von Aufwendungen	Grünflächenpflege durch Ehrenamt
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Die Grünanlagenpflege im Stadtgarten könnte zumindest teilweise von Bürgerinitiativen übernommen werden. Ich könnte mir vorstellen, dass Jugendgruppen und auch Seniorengruppen ein Interesse an der Grünpflege im Stadtgarten haben. Ferner könnte dies auch zur Anwendung kommen bei der Pflege der Grünanlagen im Zusammenhang mit Spielplätzen kommen. Hier kommen insbesondere Elterninitiativen in Betracht.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Grundsätzlich wird Grünflächenpflege durch Ehrenamtliche begrüßt. Allerdings war die Resonanz bisher sehr gering und bei Baumpatenschaften und Schulgärten war festzustellen, dass die Aufgaben zumeist nicht kontinuierlich und nachhaltig wahrgenommen wurden. Zu beachten ist, dass ehrenamtlich Tätige bei der Unfallversicherung anzumelden und für sie ggf. Beiträge zu entrichten sind. Außerdem sind Ehrenamtliche mindestens 1 x jährlich zu unterweisen und Schutzausrüstung ist unentgelt-				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
				lich zur Verfügung zu stellen. Eingesetzte Maschinen müssen seitens der Verwaltung überprüft werden. Bei entsprechender Beschlussfassung kann versucht werden, Ehrenamtliche für die Grünflächenpflege zu gewinnen, wobei aber nur sehr geringe Einsparpotenziale erwartet werden.
34	13 01 01	Öffentliches Grün, Landschaftsbau	Einsparung von Aufwendungen	Aufgabe von Bolzplätzen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
<p>„Im Stadtteil Fuhlenbrock befinden sich ein Vielzahl Bolzplätze auf relativ engem Raum, welche nicht alle wirklich angenommen werden. Hier besteht die Möglichkeit Plätze abzureißen und so Instandhaltungskosten einzusparen und eventl. Einnahmen durch Grundstücksverkäufe zu erzielen.</p> <p>Der Bolzplatz "Im Beckram" kann durch die alte Anlage von Blau-Weiss Fuhlenbrock, die Sportanlage Jakobi sowie die nahegelegenen Plätze Jahnstadion oder Heinrich-Heine Gymnasium abgefangen werden.</p> <p>Der Bolzplatz "Agnes-Miegel-Straße" ist aufzugeben und die Nachfrage wird durch die Anlagen Jakobi, alte Anlage Blau-Weiss-Fuhlenbrock, Bolzplatz Heidestraße und Hans-Böckler-Straße genügend aufgefangen. Eventl. ist hier auch die Aufgabe "Hans-Böckler-Str." anstatt "Agnes-Miegel-Str." in Betracht zu ziehen.“</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
<p>Es ist zu bemerken, dass die Sportanlage „Blau-Weiß-Fuhlenbrock“ bereits aufgegeben wurde. Aus Verwaltungssicht kommen die Bolzplätze „Im Beckram“, „Agnes-Miegel-Straße“ oder „Hans-Böckler-Straße“ eher nicht für Stilllegungen in Betracht. Vielmehr erscheint die Stilllegung des Bolzplatzes „Heidestraße“ möglich; hier wäre vorbehaltlich der Erfüllung planungsrechtlicher Voraussetzungen auch eine Nutzung für Wohnbauzwecke denkbar.</p>				
35	16 01 01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	Erhöhung von Erträgen	Pferdesteuer einführen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
<p>1. „Pferdesteuer falls sie noch nicht besteht. Hundesteuer gibt es ja auch. Für Pferde gibt es Reitwege unsere Strassen werden durch den Transport auch mehr belastet und mancherorts liegt Pferdemit rum den kein Reiter weg macht.“</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
<p>Nach ständiger Rechtsprechung ist eine Pferdesteuer als Aufwandsteuer anzuerkennen. Nach Abwägung aller grundsätzlichen Rechtsprobleme dürfte die Einführung einer Pferdesteuer aus juristischer Sicht kein größeres Risiko beinhalten.</p> <p>Ein jährlicher Betrag von 750,00 € (62,50 € monatlich) pro Pferd ist nach einem Rechtsgutachten des Hessischen Städte und Gemeindebundes durchaus angemessen.</p> <p>Pferde unterliegen einer gesetzlichen Meldepflicht, so dass die Anschrift der Halter, der Eigentümer und der Pferdepensionen ohne hohen Verwaltungsaufwand zu ermitteln wären. Zz. sind 961 Pferde in Bottrop gemeldet.</p> <p>Insgesamt wird die Pferdesteuer als eine lukrative Kommunalsteuer angesehen. Daher ist vorgesehen, die Möglichkeiten einer Einführung unter Beteiligung der zuständigen Landesbehörden zu prüfen.</p>				
36	01 12 02	Zentrale Gebäudewirtschaft	Einsparung von Aufwendungen	Energiekosten einsparen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
<p>2. „Beleuchtung von Wahrzeichen und öffentlichen Gebäuden ab einer gewissen Uhrzeit nachts ausschalten.“</p>				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
Stellungnahme der Verwaltung				
Die Wahrzeichen werden von 0.00 Uhr (teilweise bereits ab 22.00 Uhr und das Lichtobjekt ab 01.00 Uhr) bis 05.00 Uhr nicht angestrahlt bzw. beleuchtet.				
37	08 01 01	Sportförderung	Einsparung von Aufwendungen	Freibad Stenkhoffstraße schließen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
3. „wie schon mal geplant war einen Badesee eröffnen. Auf dem Grundstück zur Pacht eine Gastronomie eröffnen. Parkgebühren für Pkw und motorisierte Zweiräder erheben. Dann lassen die Bürger ihr Geld hier und müssen es nicht nach Wesel, Duisburg oder Haltern zum Badesee bringen. Wenn es soweit kommen sollte dann könnte man auch über die Schließung des Freibades Stenkhoffstr. nachdenken.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Die Schließung des Freibades an der Stenkhoffstraße soll in den Haushaltssanierungsplan aufgenommen werden.				
38	16 01 01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	Erhöhung von Erträgen	Neue Steuern erheben
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Raucher kneipen, oder Kneipen- Aschenbecher - Steuern. Satellitenschüssel Steuern. Eine, bis zwei reichen auf dem Dach und nicht auf jeden Balkon. Das Stadtbild würde wieder gesitteter aussehen. Diese Benutzer bezahlen schon kein Kabel, aber sehen genau soviel, oder mehr. das ist ungerecht.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Keine				
39	01 12 02	Zentrale Gebäudewirtschaft	Einsparung von Aufwendungen	Energiekosten einsparen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Der Brunnen muss nicht immer an sein. Ein Zeitraum von 11:00 Uhr bis 19:00 Uhr - im Sommer bis 20:00 Uhr reicht völlig aus. Fahrrad- Nummernschilder. Dann könnte man Raser und Diebe besser bestrafen. Solar - Laternen, Lichter sparen auch. Sollte es machbar sein! und, es wäre gut, wenn man nicht immer Ende des Jahres die Straßen aufbricht, nur weil Steuergelder übrig sind! Ein Kino im Hansa - Zentrum.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Keine				
40	06 02 02	Einrichtungen der Jugendarbeit	Erhöhung von Erträgen	Skateboard-Verein gründen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Im Park, einen abgeschlossenen, - abschließbares Stahlgitter - Skateboard - Verein. Jugendliche wollen gesehen werden und lockt vielleicht andere Jugendliche an, weil das dann Cool ist im Verein zu sein. Jugendliche bezahlen auch für die Disco.“				
Stellungnahme der Verwaltung				

Lfd Nr.	Produkt-Nr.	Bezeichnung	Art des Vorschlages	Kurzfassung
Keine				
41	05 02 01	Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe)	Einsparung von Aufwendungen	Sozialhilfe reduzieren
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Kinder dürften nicht von zu Hause ausziehen, wenn sie keine Arbeit hätten, oder die Eltern es nicht finanzieren können. Das geht auf Staatskosten. Vielleicht suchen sich die Jugendlichen dann schneller Arbeit, bevor man sie auslacht. Oder der Familienhalt wird so wieder gestärkt !“				
Stellungnahme der Verwaltung				
Keine				
42	16 01 01	Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen	Erhöhung von Erträgen	Katzensteuer einführen
Erläuterung (der/des Vorschlagenden)				
„Einführung einer Katzensteuer. Dieses würde nicht nur mehr Geld in die Stadtkasse bringen. Es wäre auch eine ausgleichende Gerechtigkeit für die Bürger, die Hundesteuer bezahlen. Vielleicht würde so auch das wilde herumstreunen von Katzen etwas nachlassen, da so die Bürger gezwungen werden, ihre Tiere bei der Stadt anzumelden/registrieren.“				
Stellungnahme der Verwaltung				
<p>Zurzeit erhebt <u>keine</u> Gemeinde im Land NRW eine Katzensteuer als Aufwandsteuer.</p> <p>Eine Satzung, mit der eine im Land nicht erhobene Steuer erstmalig eingeführt werden soll, bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung des Innen- und Finanzministeriums (§ 2 Abs. 2 KAG NRW).</p> <p>Ob die Einführung der Katzensteuer geeignet wäre, die Anzahl der freilaufenden Katzen zu verringern, wird eher in Zweifel gezogen.</p>				